



SDA-Bulletin

Zürich, 25. November 2019

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrats

Digitalen Austausch verbessern

Der Kantonsrat will die Zusammenarbeit zwischen Statthalterämtern und Polizeibehörden durch den automatischen Datenaustausch verbessern. Er stimmte der Änderung ([5471](#)) in zweiter Lesung mit 169 Ja-Stimmen zu. Die Vorlage untersteht dem fakultativen Referendum.

Höhere Hürden bei Beschwerden

Wer sich beim Zürcher Sozialversicherungsgericht gegen einen Entscheid wehren will, muss neu einen Vorschuss von 1000 Franken zahlen. Neu ist auch der Streitwert bei Einzelrichtern. Dieser lag früher bei 20'000 Franken. Neu sollen Einzelrichter bis zu einem Streitwert von 30'000 Franken entscheiden dürfen. Der Kantonsrat hat dieser Änderung ([5450](#)) in zweiter Lesung mit 147 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen zugestimmt.

Mehr Lohn für Ratsmitglieder

Der Rat hat beschlossen, die Bezüge seiner Mitglieder zu erhöhen. Die Entschädigung beträgt aktuell mit allen Zulagen rund 24'000 Franken. Neu soll sie bei ungefähr 39'000 Franken liegen. Der Kantonsrat hat gegen einen Minderheitsantrag der SVP gestimmt, der die Erhöhung der Zulagen reduzieren wollte. Die Schlussabstimmung zu den Anträgen der Geschäftsleitung ([KR-Nr. 217/2012](#)) findet voraussichtlich Mitte Januar statt.

Ferner hat der Kantonsrat:

- die Jahresberichte 2018 der anerkannten Religionsgemeinschaften ([5573](#)) zur Kenntnis genommen.
- den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2018 der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS) ([5565](#)) einstimmig genehmigt.
- eine parlamentarische Initiative ([KR-Nr. 191/2018](#)) der SVP abgelehnt. Diese verlangte von Personen, die sich einbürgern lassen wollen, einen Nachweis der mündlichen und schriftlichen Sprachkompetenz. Die Initiative ist von 48 Kantonsrätinnen und Kantonsräte unterstützt worden.
- eine parlamentarische Initiative ([KR-Nr. 192/2018](#)) der SVP vorläufig unterstützt. Diese verlangt, dass Unselbständige ihre Verpflegungsmehrkosten bedingungslos von den Steuern abziehen können. Die Initiative erhielt 105 Stimmen. Sie wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt.
- eine parlamentarische Initiative ([KR-Nr. 193/2018](#)) der SVP vorläufig unterstützt. Die Initiative verlangt, dass Personen, die sich einbürgern lassen wollen, in den letzten zehn Jahren keine Sozialhilfe bezogen haben dürfen und in dieser Zeit auch nicht betrieben worden sind. Die Initiative erhielt 71 Stimmen. Sie wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt.

- eine parlamentarische Initiative ([KR-Nr. 194/2018](#)) der SVP vorläufig unterstützt. Die Initiative verlangt, dass die zuständigen Gemeinden berechtigt sind, bei Bewerbern und Bewerberinnen des Schweizer Bürgerrechts Auskünfte bei der Gemeinde- oder Kantonspolizei einzuholen. Die Initiative erhielt 74 Stimmen. Sie wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt.

- eine parlamentarische Initiative ([KR-Nr. 230/2018](#)) der SVP-Fraktion vorläufig unterstützt. Die Initiative verlangt, dass das Bewilligungsverfahren bei Tierversuchen erleichtert wird. Die Initiative erhielt 66 Stimmen. Sie wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt.

- eine parlamentarische Initiative ([KR-Nr. 231/2018](#)) der Grünen vorläufig unterstützt. Die Initiative verlangt, dass der Kanton eine Standesinitiative zur Einführung einer wirksamen Kerosinsteuer einreichen soll. Die Initiative erhielt 89 Stimmen. Sie wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt.

(sda)